

## Kleine Anfrage 410

des Abgeordneten Möller (AfD)

### Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Thüringen II

Immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen nach Thüringen.

Zum Jahreswechsel waren es 53, für 2016 hat die Landesregierung angekündigt, über 500 aufzunehmen.<sup>1</sup>

Im nächsten Jahr wird voraussichtlich im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher ein bundesweiter Verteilungsschlüssel (Königsteiner Schlüssel) eingeführt, wodurch die Zahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Thüringen steigen wird.<sup>2</sup> Viele dieser Flüchtlinge stammen aus Bürgerkriegsländern wie Afghanistan, Syrien, Somalia und sind traumatisiert.<sup>3</sup> Aus diesen Gründen werden vom Land und den Kommunen enorme finanzielle und organisatorische Anstrengungen erforderlich sein, um für eine Unterbringung, Versorgung und Betreuung zu sorgen, die dem Ziel des Kindeswohls gemäß der VN-Kinderrechtskonvention entspricht.<sup>4</sup>

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Prozentsatz der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kann laut der Landesregierung zurzeit als traumatisiert angesehen werden?
2. Welche Ausgaben entstehen dem Freistaat Thüringen im Jahr 2016 voraussichtlich für die psychologische Beratung und Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen (bitte auch nach Kapitel und Titel im Haushaltsplan für 2016/2017 aufschlüsseln)?
3. Mit welchen finanziellen Mitteln hat der Freistaat Thüringen seit 2009 das Psychosoziale Zentrum in Jena gefördert und welche Finanzmittel stellt Thüringen für das Jahr 2015 zur Verfügung (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln und die finanzielle Förderung für die Haushaltsjahre 2016/2017 nennen)?
4. Mit welchen Finanzmitteln aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds wird das Psychosoziale Zentrum in Jena im Jahr 2015 gefördert?<sup>5</sup>
5. Wurde das Psychosoziale Zentrum seit 2009 neben der Landesförderung auch durch EU- oder Bundesmitteln gefördert (wenn ja, bitte das jeweilige Haushaltsjahr, die Fördersumme und das Förderinstrument nennen)?

6. In wie vielen Fällen wurde von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Zeitraum von 1991 bis 2014 psychologische Beratung oder Behandlung in Anspruch genommen und in wie vielen dieser Fälle fand die psychologische Beratung und Behandlung beim Psychosozialen Zentrum in Jena statt?
7. Bis wann wird die Landesregierung über die Ausweitung des Konzepts des Psychosozialen Zentrums in Jena auf weitere Standorte entscheiden<sup>6</sup> (wenn diese Entscheidung bereits getroffen wurde: bitte die weiteren Standorte mitsamt der Begründung für die jeweilige Standortwahl nennen)?
8. Welche Kosten entstanden dem Freistaat Thüringen durch die Inanspruchnahme der psychologischen Beratung oder Behandlung durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Zeitraum von 1991 bis 2014 (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?
9. Wie schätzt die Landesregierung die interkulturelle Kompetenz (z.B. Sprachkenntnisse, eigener Migrationshintergrund etc.) von Mitarbeitern der Jugendämter, Einrichtungen der Erziehungshilfe, Mitarbeitern der Gesundheitsämter, Ärzten (insbesondere Psychotherapeuten), Mitarbeitern der Ausländerbehörden, Lehrern sowie sonstigen sozialpädagogischen Betreuern für den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein (bitte nach den einzelnen Berufsgruppen differenzieren)?

Möller

#### Endnote:

- 1 Vgl. Ch. Thiele: "38 Millionen Euro für Flüchtlingskinder", in: Thüringische Landeszeitung, 17. Juni 2015, Seite 1.
- 2 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: "Junge Flüchtlinge in Deutschland. Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Daten & Fakten - Ziele - Regelungen - Umsetzung.", Stand: 10. April 2015, Seite 10, URL: [http://www.b-umf.de/images/Eckpunkte\\_Gesetz\\_Umverteilung\\_10042015.pdf](http://www.b-umf.de/images/Eckpunkte_Gesetz_Umverteilung_10042015.pdf); E. Kellermann: "Ramelow: Minderjährige Flüchtlinge nach Rohr", in: Freies Wort Suhl, 18. Juni 2015, Seite 1.
- 3 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, a.a.O., Seite 2.
- 4 Vgl. Ebd., Seite 7.
- 5 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 269 der Abgeordneten Meißner (Drucksache 6/676), 3. Juni 2015, Seite 2.
- 6 Vgl. Ebd., Seite 2.